

## Kurzumfrage zur Einbürgerung unter Migrationsberatenden

Diakonie Deutschland hat Migrationsberatende zum Thema Einbürgerung als Beratungsgegenstand befragt. Hier sind die Ergebnisse: 206 Personen haben sich an der Kurzumfrage beteiligt. 81 % davon bezeichnen sich selber als Migrationsberatende, die übrigen kommen aus dem beratungsnahen Umfeld. Die Umfrage lief vom 12. bis 26. Januar als Online-Befragung und war über die Landesverbände der Diakonie an die Migrationsfachdienste sowie die Plattform „Diakonie Wissen“ verbreitet worden.

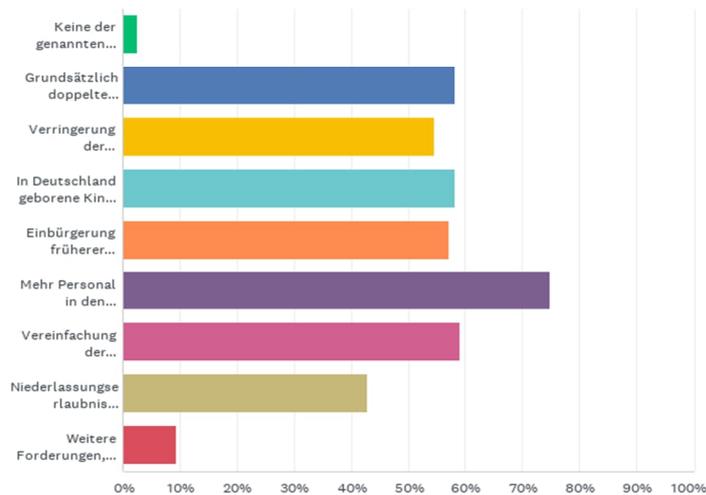
1. So gut wie alle Beratenden der Migrationsfachdienste der Diakonie erhalten Fragen zur Einbürgerung, darunter 53 % „gelegentlich“ und 46 % „häufig“.
2. Wie lange müssen Einbürgerungswillige bei der für sie zuständigen Behörde auf einen Termin warten? 77 % mehr als 1 Monat, 50 % mehr als drei Monate, 30 % mehr als sechs Monate
3. Wie lange dauert nach Ihrem Eindruck die Antragsbearbeitung bis zur Entscheidung? Bei 87 Prozent mehr als sechs Monate, bei 51 % mehr als 1 Jahr, bei 8 % mehr als zwei Jahre.
4. Bestehen Ihrerseits Kontakte mit für der für Ihren Einzugsbereich zuständigen Einbürgerungsbehörde? 58 % antworten: „Ich habe im Rahmen der Netzwerkarbeit oder im Rahmen der Einzelfallarbeit gelegentlich oder öfter Kontakt mit der Einbürgerungsbehörde.“ Die Erfahrungen der Befragten gehen dabei weit auseinander.
5. Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der für Ihren örtlichen Bereich zuständigen Einbürgerungsbehörde? 40 % antworten: „Ich habe gute Erfahrungen, bzw. die Einbürgerungswilligen sind dort gut aufgehoben.“ 44 % antworten: „Ich habe schlechte Erfahrungen, bzw. den Anliegen der Einbürgerungswilligen wird dort nicht zeitnah genug oder gar nicht entsprochen.“
6. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der Diakonie, welches sind die Hauptforderungen an Gesetzgeber und Verwaltung? (mehrere Markierungen möglich)  
Mit 75 % steht die Forderung nach mehr Personal in den Einbürgerungsbehörden an erster Stelle. Die anderen Optionen treffen auf 55-59 % Zustimmung.

Einzelergebnisse zu Frage 6 auf der Folgeseite.

Johannes Brandstätter, Arbeitsfeld Migrationspolitische Grundsatzfragen

Berlin, 29. Jan. 2023

**F6 Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der Diakonie, welches sind die Hauptforderungen an Gesetzgeber und Verwaltung? (mehrere Markierungen möglich)**



ANTWORTOPTIONEN	BEANTWORTUNGEN	BEANTWORTUNGEN
Keine der genannten Optionen	2.46%	5
Grundsätzlich doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichen	58.13%	118
Verringerung der Mindestaufenthaltszeit von acht auf fünf Jahre	54.68%	111
In Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern (5 Jahre Aufenthalt) erhalten ohne jeglichen Vorbehalt die deutsche Staatsangehörigkeit	58.13%	118
Einbürgerung früherer Vertragsarbeitender („Gastarbeiter“) sowie für über 67-jährige: mündliche Deutschkenntnisse ausreichend, kein Einbürgerungstest mehr nötig	57.14%	116
Mehr Personal in den Einbürgerungsbehörden	74.88%	152
Vereinfachung der Verwaltungsverfahren bei der Einbürgerung	59.11%	120
Niederlassungserlaubnis bereits nach drei Jahren	42.86%	87
Weitere Forderungen, und zwar: (bitte im Textfeld unter "Other" eintragen)	9.36%	19
Befragte insgesamt:		203